

Ausgabe 2/2013

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Glück auf!

Wir sind Überstunden- weltmeister

Umfrage: Das sagen die Beschäftigten zur Arbeitszeit

PRO-GE

Inhalt:

DIE ARBEITSZEITDEBATTE

80 Prozent sind für bessere Arbeitszeiten. Das geht aus einer Umfrage des IFES-Instituts im Auftrag der PRO-GE hervor. Kein Wunder, denn jene, die einen Job haben, leiden zunehmend unter Stress, Überforderung oder Burn-out, während gleichzeitig 360.000 Menschen in Österreich auf Jobsuche sind. Die „Glück auf!“ legt den Fokus auf das brisante Thema der Arbeitszeit und das Phänomen der Überstundenweltmeister.

Seiten 4 bis 7

LOHN- UND SOZIALDUMPING-BEKÄMPFUNGSGESETZ

Das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping bietet seit 2011 die Grundlage zur Bekämpfung von Sozialbetrug und Unterbezahlung. Im Kampf gegen die Schattenwirtschaft fordert die PRO-GE gesetzliche Nachbesserungen.

Seite 9

FRAUENFÖRDERUNG WIRKT

Frauenförderung bringt nachweislich positive betriebswirtschaftliche Effekte. Davon konnte sich Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek anlässlich eines Betriebsbesuchs bei Ankerbrot überzeugen.

Seite 20

EINE VERLORENE GENERATION

Sechs Millionen junge EuropäerInnen sind arbeitslos und befinden sich auf der Suche nach einem Job. Die EU-Jobgarantie ist ein erster richtiger Schritt, aber die PRO-GE Jugend kämpft für weitere Maßnahmen gegen die Misere am Arbeitsmarkt.

Seite 14

ALLES, WAS RECHT IST

Wer arbeitslos ist, braucht sich deshalb noch lange nicht alles gefallen zu lassen. Vor allem wenn bei der Jobsuche „Schnuppertage“ ausgemacht werden, sollten die Alarmglocken läuten. Die „Glück auf!“ berichtet darüber, was bei der Arbeitssuche zumutbar ist und was nicht.

Seite 19

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Robert Wittek. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Karin Prokop, Wolfgang Purer. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Lisa Lux, Astrid Knie, Gastein Tourismus. Rätzel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Blickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 31. Mai 2013.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

Skandal des Monats

„Offshore-Leaks“ sorgt für Aufregung

86 Journalisten aus 46 Ländern haben sich daran gemacht, anonym zugespielte Dokumente aus zehn Steuerparadiesen über 130.000 Personen und 122.000 Briefkastenfirmen aufzuarbeiten. Dass Superreiche und Großkonzerne Steueroasen nutzen, um manchmal dies- und öfter jenseits des legal Möglichen ihre Steuerleistung auf ein Minimum zu reduzieren, ist an sich nicht neu. Die Informationen tragen nur zum Gesamtbild bei und fügen (keineswegs komplett) Namen und Zahlen hinzu. Steueroasen existieren aus einem einzigen Grund: weil sehr reiche und entsprechend einflussreiche Menschen persönlichen Profit daraus schlagen – zum Schaden der Allgemeinheit. Nicht nur Gewerkschaften kämpfen seit einer gefühlten Ewigkeit dafür, Steueroasen endlich trockenulegen. Trotzdem existieren sie immer noch, und das ist der eigentliche Skandal an „Offshore-Leaks“.

KURZ NOTIERT

ArbeitnehmerInnen sind produktiv

Die ArbeitnehmerInnen in Österreich leisten viel und sind produktiv. Im EU-Vergleich liegt Österreich laut aktuellen Eurostat-Daten bei der Arbeitsproduktivität pro Beschäftigtem mit Platz vier im Spitzenfeld. In den letzten 20 Jahren ist die Arbeitsproduktivität in Österreich um 36,5 Prozent gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt eine AK-Berechnung auf Datenbasis der Statistik Austria.

Triumph: PRO-GE fordert Sozialplan

Für die Produktionsgewerkschaft PRO-GE ist die Schweizer Konzernentscheidung über die Schließungspläne in Österreich nicht akzeptabel. Die Triumph-Beschäftigten bezahlen für das Verfehlen der globalen Konzernziele, denn der heimische Markt ist weitgehend stabil und sicher kein Verlustbringer für den Konzernverband. Der Konzernplan sieht den Abbau von rund 350 Arbeitsplätzen vor. „Das Unternehmen hat Verantwortung für die Menschen. Betriebsrat und Gewerkschaft werden jedenfalls um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen“, sagt PRO-GE Branchensekretär Gerald Kreuzer. Die Gewerkschaft fordert rasche Sozialplan-Verhandlungen für die betroffenen ArbeitnehmerInnen.

Krankenstände seit Jahren konstant niedrig

Der Arbeitsgesundheitsmonitor der AK Oberösterreich zeigt auf: 40 Prozent aller Beschäftigten gehen krank zur Arbeit, um ihren Job nicht zu verlieren, um ihre Verantwortung wahrzunehmen oder um die Kolleginnen und Kollegen nicht zu belasten. Ursachen von Erkrankungen sind oftmals berufliche Überlastung, Stress und Arbeitsverdichtung. Die ArbeitnehmerInnen sind laut der Oö. Gebietskrankenkasse durchschnittlich an 13,2 Kalendertagen pro Jahr krankgemeldet. Dies entspricht dem gleichen niedrigen Wert wie 2011. Rund 35 Prozent aller Versicherten waren 2012 gar nicht im Krankenstand. Die Statistik widerlegt die von den WirtschaftsvertreterInnen in regelmäßigen Abständen verbreiteten Fehlmeldungen von angeblich „krankfeiernden“ ArbeitnehmerInnen.



ILO und EU-Kommission warnen vor sozialer Krise in Europa

Nach Angaben der EU-Kommission zeigt die Sparpolitik immer folgenschwerere Auswirkungen auf den Arbeitsmärkten und bei den Privathaushalten. Der EU-Arbeits- und Sozialkommissar László Andor erklärte Mitte März in Brüssel anlässlich der Arbeitslosenzahlen: „Die soziale Krise in Europa verschlimmert sich weiter.“ Auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) warnt in einem Anfang April veröffentlichten Lagebericht. Angesichts der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit befürchtet die ILO in weiten Teilen Europas soziale Unruhen.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

HARTER KAMPF FÜR MEHR LOHN

Die Frühjahrslohnrunde ist in vollem Gange. Die Kollektivvertragsverhandlungen in den verschiedenen Industrie-Branchen betreffen mehr als 130.000 Menschen. Und die Runden sind hart, für die Arbeitgeberseite kommen Lohnverhandlungen nämlich immer zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Dabei ist es ein Jammern auf sehr hohem Niveau. Denn in den vergangenen Jahren waren die Unternehmen enorm erfolgreich und die Produktivität der österreichischen ArbeitnehmerInnen liegt im absoluten EU-Spitzenfeld.

Trotzdem muss der Anteil der Beschäftigten am wirtschaftlichen Erfolg jedes Jahr hart erkämpft werden. So zum Beispiel ist die Elektro- und Elektronikindustrie eine der erfolgreichsten und wirtschaftlich stärksten Branchen in der heimischen Industrie. Die massiven Gewinne werden zwar weitergereicht, allerdings nicht unbedingt gerne in Form von Lohnerhöhungen. Hingegen haben die Ausschüttungen an die Eigentümer enorme Ausmaße angenommen. Im Jahr 2011 betragen diese rund 1,7 Milliarden, und 2012 wird dieser Milliardenbetrag noch höher sein.

Das Angebot an die 60.000 Beschäftigten wiederum lautete nach zwei Verhandlungsrunden gerade einmal 2,55 Prozent. Bei der durchschnittlichen Inflationsrate der letzten zwölf Monate von rund 2,5 Prozent ergäbe sich dadurch eine reale Lohnerhöhung von gerade einmal einem Cent pro Arbeitsstunde. Das ist eine klare Provokation. Sollte es in der nächsten Runde zu keiner deutlichen Verbesserung kommen, werden wir den Druck auf die Arbeitgeberseite erhöhen.

Niemand darf sich bei Kollektivvertragsrunden Geschenke von den Arbeitgebern erwarten. Daher sind Lohnverhandlungen – auch in einer guten Sozialpartnerschaft – immer harte Auseinandersetzungen und darum kommt es auf starke Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie auf jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied an. Sie bilden die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften.

Glück auf!
Rainer Wimmer



Arbeitszeitdebatte

Weniger arbeiten für mehr Gesundheit und gegen Arbeitslosigkeit

Jene, die einen Job haben, leiden zunehmend unter Stress, Überforderung oder Burn-out. Zudem steigt angesichts der mehr als 360.000 Arbeitslosen in den nächsten Jahren der Druck, vorhandene Arbeit intelligenter aufzuteilen. Immer mehr Menschen können sich daher vorstellen, dauerhaft oder temporär weniger zu arbeiten.

tronikindustrie unter anderem Zeitzuschläge für besonders belastende Arbeit und eine sechste Urlaubswoche nach 25 Arbeitsjahren. Denn im Gegensatz zu den Beamten steht diese den Beschäftigten in der Privatwirtschaft erst nach 25 Jahren im selben Betrieb zu. Diese Koppelung an den Betrieb ist für die PRO-GE nicht mehr zeitgemäß, da bei einem Jobwechsel das Erreichen der sechsten Urlaubswoche nahezu unmöglich wird.

Zeitzuschläge für belastende Arbeit. Der Vorsitzende der PRO-GE Rainer Wimmer drängt daher auf verkürzte Arbeitszeiten für Beschäftigte mit sehr belastenden Tätigkeiten. So könnte zum Beispiel die Arbeitsstunde bei Schicht- oder Nachtarbeit mit einem Zeitzuschlag versehen werden. „Das wäre eine klassische Arbeitszeitverkürzung. Die Menschen werden immer älter und sollen immer länger arbeiten. Da müssen wir die Bedingungen vor allem bei ArbeiterInnen besser und moderner gestalten“, betont Wimmer.

Überstundenweltmeister. Während die ArbeitgeberInnen versuchen, den ArbeitnehmerInnen unter dem Deckmantel „Arbeitszeit-Flexibilisierung“ generell Zuschläge und Mitbestimmung bei der Arbeitszeit wegzunehmen, will die Gewerkschaft intelligente Arbeitszeitmodelle, die auf die Beschäftigten und die Branche Rücksicht nehmen. „Was wir brauchen, sind moderne Arbeitszeiten, von denen die Beschäftigten profitieren und die zum Nutzen der einzelnen Branchen sind“, sagt der PRO-GE Chef. Die Ergebnisse der IFES-Umfrage bestätigen die Gewerkschaft. Den Beschäftigten geht es unter anderem um bessere

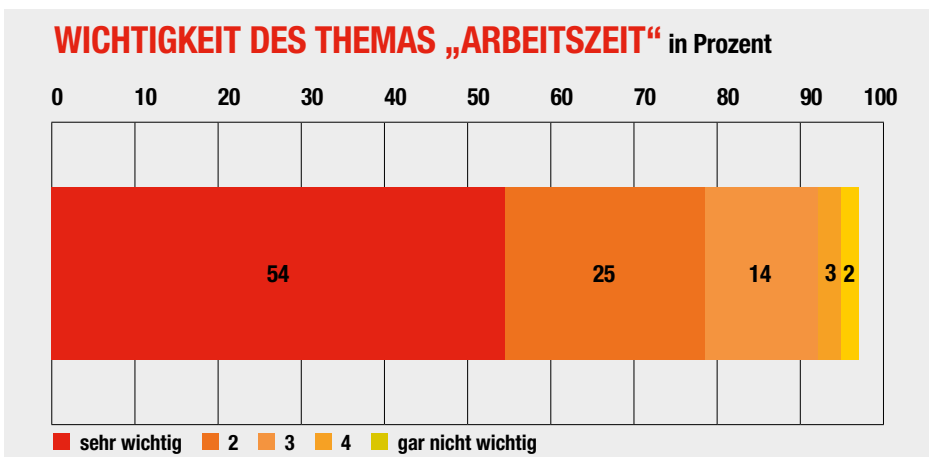
LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.proge.at/arbeitszeit

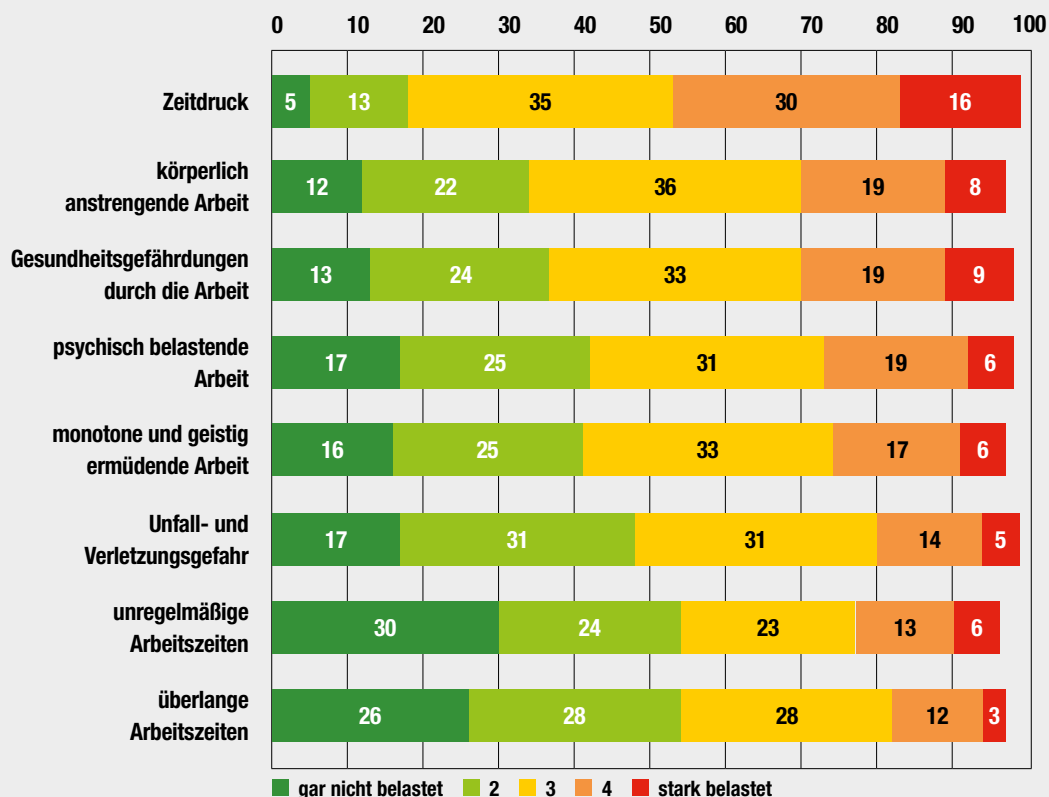
80 Prozent

sind für bessere Arbeitszeiten. Das geht aus einer Umfrage des IFES-Instituts im Auftrag der PRO-GE hervor. Befragt wurden mittels Fragebogen mehr als 10.000 Beschäftigte und BetriebsrätInnen. Vor allem werden die steigenden Belastungen ins Treffen geführt: Die Befragten geben an, oft unter großem Zeitdruck arbeiten zu müssen. Hinzu kommen etwa körperlich und psychisch anstrengende Tätigkeiten, unregelmäßige und überlange Arbeitszeiten oder die anhaltende Gesundheitsgefährdung durch die berufliche Tätigkeit (siehe Grafik „Berufliche Belastungen“, Seite 6).

Das Thema Arbeitszeit wird künftig in vielen Kollektivvertragsverhandlungen ein Schwerpunkt sein. Die PRO-GE fordert aktuell bereits bei den KV-Verhandlungen in der Elek-



BERUFLICHE BELASTUNGEN in Prozent



Zahlen-Mix

300 Millionen

Überstunden werden jedes Jahr in Österreich geleistet.

Jede **fünfte** geleistete Überstunde wird nicht entlohnt.

60.000 Arbeitsplätze entspricht der unbezahlte Teil der Überstunden.

366.277 Menschen sind im März 2013 ohne Job.

30 bis 40 Prozent der Bevölkerung leiden unter Muskel-Skelett-Erkrankungen.

40 Prozent der ArbeitnehmerInnen gehen krank zur Arbeit.

75 Prozent des nicht ausgeschöpften Produktivitätspotenzials gehen auf Managementfehler zurück.

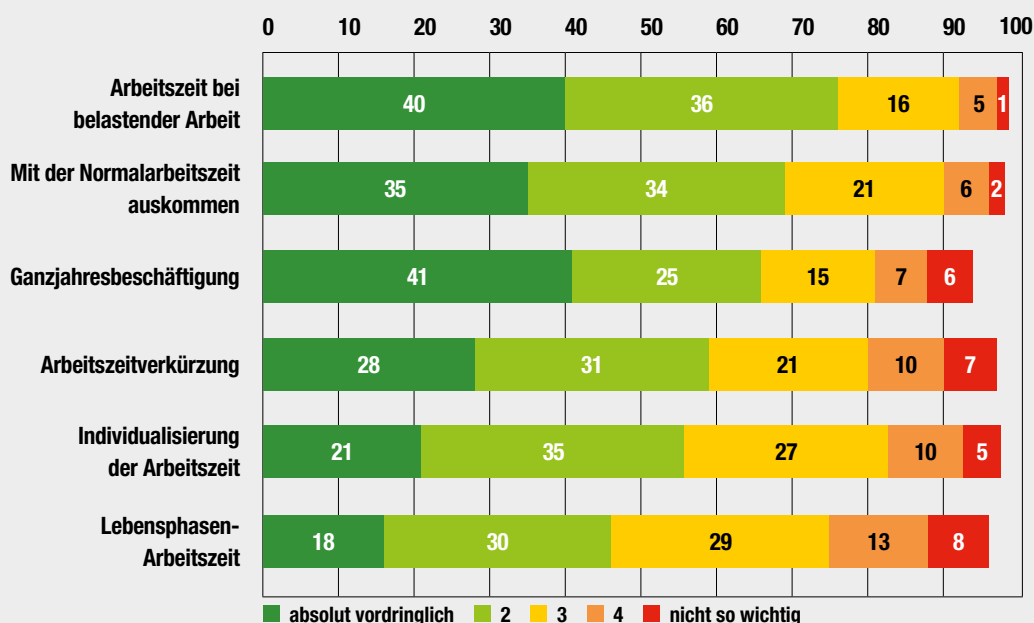
Arbeitszeitregelungen bei belastender Arbeit oder um die Sicherstellung einer Ganzjahresbeschäftigung. „Das Auskommen mit der Normalarbeitszeit“ steht für viele ebenso ganz im Zentrum der Arbeitszeitdebatte (siehe Grafik „Wichtigkeit der Arbeitszeitregelungen“). Dies wird von der Statistik klar untermauert: Im EU-Vergleich sind Großbritannien und Österreich die Länder mit der längsten Wochenarbeitszeit. Österreich liegt zudem bei den regelmäßigen Überstunden an der Spitze. Derzeit machen rund 700.000 ArbeitnehmerInnen in Österreich regelmäßig Überstunden, das summiert sich auf 300 Millionen Stunden pro Jahr. Das würde auch bedeuten: viel Zeit und Platz für neue Arbeitsplätze. Denn der Druck steigt ebenso bei jenen, die keinen Job haben. Der März brachte die höchsten Arbeitslosen-zahlen seit sieben Jahren. 366.277 ÖsterreicherInnen – und damit um 10,3 Prozent mehr als im März 2012 – standen ohne Arbeit da. Eine Quote von 7,7 Prozent nach

heimischer Berechnung.

Arbeit anders verteilen. Durch diese Krisen-Werte flammte die Diskussion um das gerechte Verteilen von Arbeit vor allem im Hinblick auf die Überstunden wieder auf. Hinzu kommt, dass sich die Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren bei rund 350.000 Menschen einpendeln wird. Diese ernüchternde Zahl kommt vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO). Wegen der leeren Staatskassen bleibe auch kaum Spielraum gegenzusteuern. WIFO-Chef Karl Aiginger plädiert daher ebenso wie die Gewerkschaften dafür, „die Arbeit anders zu verteilen“. „Es wäre unintelligent, Menschen nicht kürzer arbeiten zu lassen, die das wollen.“ Denn das würde zusätzliche Jobs schaffen, meint der Wirtschaftsexperte.

Trotz dieser Daten kommt bis jetzt nur ein kategorisches Nein von der Wirtschaftsseite. Die ArbeitgeberInnen wollen vielmehr

WICHTIGKEIT DER ARBEITSZEITREGELUNG in Prozent



Tageshöchst- und Durchrechnungsarbeitszeiten ausweiten. „Diese Forderungen bedeuten einen Rückschritt. Längere Arbeitszeiten gefährden die Gesundheit und schaffen keine Arbeitsplätze“, kritisiert

Wimmer. Für die PRO-GE ist klar: Auch die Beschäftigten müssen von Änderungen profitieren, zum Beispiel durch eine kürzere wöchentliche Arbeitszeit oder längeren Urlaubsanspruch.

Meinungen zur Arbeitszeit

Kürzere Arbeitszeiten – PRO-GE: „Wir wollen eine Arbeitszeitverkürzung für alle ArbeitnehmerInnen, die schweren Belastungen ausgesetzt sind, wie etwa bei der Nacharbeit oder Schichtarbeit“, sagt PRO-GE Vorsitzender Wimmer. Die PRO-GE fordert die Arbeitgeber auf, endlich lösungsorientierte Verhandlungen mit der Gewerkschaft zu führen, anstatt weiter nur unter dem Deckmantel „Flexibilisierung“ die Einkommen der Beschäftigten kürzen zu wollen.

Flexible Möglichkeiten – WIFO: Laut Helmut Mahringer, dem Arbeitsmarktextperten des WIFO, hat sich das Modell der Bildungskarenz bewährt. Das sei „ausbaufähig“. So könnten Betriebe eine Auszeit auch aus anderen Gründen als dem einer Weiterbildung gewähren. „Dann müssen Menschen Dinge, die ihnen wichtig sind, nicht auf die Pension verschieben.“ Auch über eine Verlängerung des Urlaubs könne man diskutieren. „Es gibt viele flexible Möglichkeiten. Wer länger in einem Betrieb ist, könnte zum Beispiel das Recht erwerben, über eine bestimmte Phase weniger zu arbeiten“, meint Mahringer. Hier sei auch das Management der Betriebe gefragt. Für eine generelle Arbeitszeitverkürzung sei das System schon zu heterogen.

No-Go – Industriellenvereinigung: „Eine grundsätzliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist ein No-Go“, sagt der Generalsekretär der Industriellenvereinigung Christoph Neumayer. Auch eine sechste Urlaubswoche kann er sich „derzeit aus konjunktureller Sicht“ nicht vorstellen. „Auf Ebene der Betriebe, die ihre Marktlage kennen, kann und muss man aber über Modelle reden.“

Überstunden-Abgabe für Arbeitgeber – ÖGB: Nach wie vor werden mehr als 300 Mio. Überstunden jährlich in Österreich geleistet – gleichzeitig haben 366.277 Menschen gar keinen Job. „Wenn keine Überstunden mehr gemacht werden, würden 180.000 Vollzeitstellen geschaffen. Allein der unbezahlte Teil der Überstunden entspricht 60.000 Arbeitsplätzen“, sagt der Leitende Sekretär des ÖGB Bernhard Achitz und schlägt eine Abgabe von einem Euro pro Überstunde vor, den die Arbeitgeber zu bezahlen hätten. „Das Geld soll zur Hälfte der Gesundheitspolitik zugutekommen, weil überlanges Arbeiten krank macht. Die andere Hälfte müssen wir in die aktive Arbeitsmarktpolitik investieren.“

Unbezahlte Mehrarbeit – AK Oberösterreich: 2012 prellten Österreichs Arbeitgeber die Beschäftigten um insgesamt 69 Millionen Mehrarbeits- und Überstunden. Die unabgegoltene Über- und Mehrarbeitsstunden waren 2011 und 2012 pro Jahr umgerechnet so viel wert wie rund zehn Millionen Arbeitstage. „Deswegen unterstützt die Arbeiterkammer Oberösterreich die Idee einer Überstunden-Abgabe“, sagt AK-ÖO-Präsident Johann Kalliauer.

Vorsicht vor mehr Arbeitsdruck – Mazal: Eine sechste Urlaubswoche kann mehr Beschäftigung bringen, aber nur, wenn die ÖsterreicherInnen ihre Urlaubsgewohnheiten anpassen, sagt der Arbeitsrechtler Wolfgang Mazal. Solange Urlaub, wie in Österreich üblich, in kurzen Tranchen konsumiert und bis zu drei Jahre lang aufgeschoben wird, entstünden keine neuen Jobs, sondern nur mehr Kosten und allenfalls mehr Arbeitsdruck.



KOMPetenz AKademie

Vier Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft PRO-GE konnten die KOMPAKone, den ersten Lehrgang der KOMPetenz AKademie der Arbeiterkammer Niederösterreich, abschließen. Der niederösterreichische PRO-GE Landessekretär Markus Wieser (im Bild links) und der Leiter der PRO-GE Bildungsabteilung Erich Deingruber (rechts im Bild) gratulierten den PRO-GE Absolventinnen und Absolventen (v. l. n. r.) Andreas Riedl (Franz Haas GmbH), Walter Rotter (Agrana Zucker GmbH), Andrea Schremser (Huyck Wangner Austria GmbH) und Manfred Mairhofer (Brau Union Österreich AG).

www.proge.at/bildung



„fairERleben“-GENUSSMARKT

Zum 20-jährigen Jubiläum von FAIRTRADE findet am 23. und 24. April 2013 im Arkadenhof des Wiener Rathauses ein „fairERleben“-Genussmarkt statt. Unter dem Motto „Fair erleben – fairer leben“ stellen FAIRTRADE Österreich und die Wiener Umweltschutzabteilung MA 22 eine breite Palette an fairen und nachhaltigen Produkten vor.

Schokoladestation der PRO-GE

Die Gewerkschaft PRO-GE wird auf dem Genussmarkt ihr Kakaoprojekt präsentieren und an ihrer „Schokoladestation“ Einblicke in die faire Pralinenproduktion bieten.

Öffnungszeiten:

23. April: 10.00 bis 19.00 Uhr

24. April: 09.00 bis 18.00 Uhr

fairERleben

www.fairtrade.at

LASSEN WIR UNSERE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IN GRIECHENLAND NICHT ALLEINE!



Klinik der Solidarität

Griechenland ist zum Symbol für die wirtschaftliche und soziale Krise in Europa geworden. Seit 2010 steht das Land unter Aufsicht der Troika, bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds

(IWF). Massive Einsparungen im Sozial- und Gesundheitsbereich haben breite Teile der Bevölkerung in Armut und Elend gestürzt.

Um der zunehmenden Verelendung und Entsolidarisierung entgegenzutreten, entstehen in der griechischen ArbeiterInnenbewegung zahlreiche Selbsthilfeprojekte. Neben konkreter Hilfe zielen diese Projekte auch auf die Selbstorganisation der Betroffenen ab. Ein Beispiel dafür ist die „Klinik der Solidarität“ im nordgriechischen Thessaloniki.

Griechenland kann nicht mit Spenden gerettet werden. Spenden ersetzen auch nicht den Kampf gegen die verheerende Sparpolitik. Eine Spende ist aber ein Zeichen der Solidarität und hilft konkret dort, wo das griechische Gesundheitssystem kaputt gespart wurde.

www.klinik-der-solidaritaet.at

SCHLOSS-SPIELE KOBERSDORF 2013

„Die Dame vom Maxim“ mit Wolfgang Böck 2 x 2 Karten zu gewinnen!

In der Komödie von Georges Feydeau spielen unter anderem Wolfgang Böck, Bernd Jeschek, Gertrud Roll und Julia Cencig.

Ermäßigte Karten

ÖGB-Mitglieder erhalten im Vorverkauf gegen Vorlage ihres Mitgliedsausweises ermäßigte Karten zum Preis von 25,50 und 36 Euro. Die Vorstellung läuft von 4. bis 28. Juli 2013.



Jetzt gewinnen

Die PRO-GE verlost 2 x 2 Karten für die Vorstellung am 14. Juli 2013. Vorstellungsbeginn ist um 20.30 Uhr im Schloss Kobersdorf. Bitte senden Sie ein E-Mail mit dem Betreff „Kobersdorf“ unter Angabe der Adresse und Mitgliedsnummer an presse@proge.at. Die GewinnerInnen werden unter allen TeilnehmerInnen ausgelost. Einsendeschluss ist der 10. Juni 2013.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die PRO-GE übernimmt für die Veranstaltung keine Verantwortung.

Kartenservice & Info

Büro der Schloss-Spiele Kobersdorf,
Franz-Schubert-Platz 6, 7000 Eisenstadt,
Telefon: +43 (0)2682/719-8000

www.schlossspiele.com

Zwei Jahre Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz

Ärger über lasche Verfahren



Kampf gegen die Schattenwirtschaft: Die PRO-GE fordert mehr Vehemenz und gesetzliche Nachbesserungen.

Das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping bietet seit 1. Mai 2011 die Grundlage zur Bekämpfung von Sozialbetrug und Unterbezahlung. Um seine volle Wirkung entfalten zu können, muss es aber mit Nachdruck durchgesetzt werden, fordert die PRO-GE.

361 Anzeigen wegen Unterentlohnung mit einem Strafausmaß von insgesamt rund 9,4 Millionen Euro wurden laut dem zuständigen Kompetenzzentrum der Wiener Gebietskrankenkasse seit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Mai 2011 erstatet. In nur 47 Fällen liegen allerdings auch rechtskräftige Bescheide vor, die verhängten Strafen betragen insgesamt 710.800 Euro. 77 Bescheide und rund 1,4 Millionen Euro an Strafen sind noch nicht rechtskräftig, in fünf Fällen wurden die Verfahren eingestellt.

Zwei von drei Fällen in Warteschleife. Mehr als zwei Drittel, nämlich 232 Verfahren, sind damit noch ohne jeden Entscheid. „Diese mehr als enttäuschende Rate muss dringend gesteigert werden“, stellt Manfred Anderle, PRO-GE Bundessekretär, fest. Das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping sei eine scharfe Waffe gegen Sozialbetrug und Unterbezahlung, aber nur, wenn es auch mit Nachdruck eingesetzt werde. „Mit derart langen Verfahrensdauern werden einem der wichtigsten Gesetze für eine gerechte Arbeitswelt die Zähne gezogen“, kritisiert der PRO-GE Bundessekretär.

Alle Entgeltbestandteile einbeziehen. Darüber hinaus hat die praktische Erfahrung Mängel im Gesetz aufgedeckt, deren Behebung längst überfällig ist. „Zur Beurteilung des Strafbestandes Unterbezahlung müssen alle Entgeltbestandteile und nicht nur der Grundlohn herangezogen werden“, fordert Anderle. Allein die Sonderzahlungen machen in der Regel ein Sechstel des Gesamteinkommens aus, in vielen Branchen stellen kollektivvertragliche Zulagen und Zuschläge einen wesentlichen Teil der Entlohnung dar. „Diese

Ansprüche sind rechtlich bombenfest abgesichert“, stellt der PRO-GE Bundessekretär klar. Werden diese nicht bezahlt, bedeute das nicht nur einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil für unseriöse Unternehmen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, sondern es liege auch eindeutig Unterbezahlung vor.

Strafrahmen vereinheitlichen. Zusätzlich muss ein einheitlicher Strafrahmen für Unterentlohnung sowie für die Nichtvorlage von Lohnunterlagen und Arbeitszeitaufzeichnungen geschaffen werden. Derzeit beträgt die mögliche Strafe für nicht vorgelegte Unterlagen 500 bis 5.000 Euro (im Wiederholungsfall 1.000 bis 10.000 Euro), bei nachgewiesener Unterbezahlung allerdings zwischen 2.000 und 20.000 Euro (4.000 bis 50.000 Euro) – und das pro betroffener Arbeitnehmerin bzw. betroffenem Arbeitnehmer! „Wer Ermittlung und Überprüfung von Arbeitnehmeransprüchen verhindert, darf nicht billiger davonkommen“, fordert Anderle. „Um Lohn- und Sozialdumping einen wirksamen Riegel vorzuschieben, müssen solche Hintertüren geschlossen werden.“



Textilindustrie: Erster erfolgreicher Abschluss der Frühjahrslohnrunde 2013

Frühjahrslohnrunde 2013

Zeit für kräftige Lohnerhöhungen

Meteorologisch hat sich der Frühling heuer Zeit gelassen. Nicht so die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp: Die diesjährige Frühjahrslohnrunde für rund 130.000 Beschäftigte ist bereits voll im Laufen.

In sieben Industriebranchen verhandeln PRO-GE und GPA-djp jedes Jahr ab Mitte März für höhere Löhne und Gehälter. Bereits abgeschlossen sind die Verhandlungen in der Textilindustrie, die am 14. März den Auftakt zur

Frühjahrslohnrunde 2013 machte (siehe blauer Kasten rechts). Im Laufen sind die Verhandlungen in der Elektro- und Elektronikindustrie (EEI) und in der Chemischen Industrie, den nach der Metallindustrie zweit- und drittgrößten Industriebranchen

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Rückwirkend ab 1. Jänner:

Österreichische Bundesforste: KV-Löhne +2,8 Prozent, neuer Mindestlohn 1.467,98 Euro, bestehende Überzahlungen bleiben aufrecht; Verkürzung der Wartezeit in den Funktionsgruppen 2 und 3 von vier auf zwei Jahre, Auszahlung der Sonderzahlungen ab 2013 in vier statt zwei Teilen (jeweils zum Quartalsende), Änderung bei Abfertigung Alt.

Ab 1. Februar:

Gewürzindustrie: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.374,00 Euro, Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent, euromäßige Überzahlungen bleiben aufrecht.

Ab 1. März:

Gewerbliche Friedhofsgärtnereibetriebe: KV-Löhne durchschnittlich +2,8 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent.

Gewerbliche Gärtner- und Landschaftsgärtnerbetriebe: KV-Löhne +2,8 Prozent in Lohngruppen 1 bis 4, +2,9 Prozent in Lohngruppen 5 bis 8, neuer Mindestlohn 1.487,74 Euro, Lehrlingsentschädigung +2,9 Prozent, Trennungsgeld +2,8 Prozent.

Kaffeemittelindustrie: KV-Löhne im Durchschnitt +3,0 Prozent, Jahres-Erhöhung in der LK 3 643,30 Euro, neuer Mindestlohn 1.432,79

des Landes, sowie der Papier- und Papernerzeugenden Industrie. Ab Mai starten dann die Glashütten- und die Glasbe- und -verarbeitende Industrie, die Bekleidungs-, die Schuh- und die Leder erzeugende Industrie.

Positiver Rückblick. „Die wirtschaftlichen Voraussetzungen in Österreich sind weiterhin positiv“, stellt Rainer Wimmer, PRO-GE Vorsitzender und Verhandlungsleiter für die Elektro- und Elektronikindustrie fest. So konnte die EEI im Jahr 2011 das Vorkrisenniveau bereits wieder übertreffen. Im Jahr 2012 ist die Produktivität um weitere 3,6 Prozent gestiegen. Die Ausschüttungen an die Eigentümer haben enorme Ausmaße angenommen: Den rund 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2011 wird 2012 aller Voraussicht nach ein noch höherer Milliardenbetrag folgen. „Die Beschäftigten haben diese Gewinne erwirtschaftet und erwarten sich zu Recht, dass auch bei ihnen ein gerechter Anteil der Erträge ankommt“, fordert Wimmer.

Schwerpunkt Arbeitszeit. Bei KV-Verhandlungen geht es aber nicht nur um Geld, sondern auch um Fortschritte bei den Arbeitsbedingungen. Die Schwerpunktsetzung der PRO-GE auf das Thema Arbeitszeit (siehe auch Seiten 4–7) findet sich dabei deutlich in konkreten und für die jeweilige Branche maßgeschneiderten Forderungen der Gewerkschaften wieder. In der EEI fordert die PRO-GE unter anderem Zeitzuschläge für besonders belastende Arbeit und eine sechste Urlaubswoche nach 25 Arbeitsjahren auch für ArbeitnehmerIn-

Frühjahrslohnrunde: Beschäftigte nach Branchen

- Elektro- und Elektronikindustrie 47.600
- Chemische Industrie 45.500
- Textilindustrie 9.200
- Glasindustrie 8.300
- Papierindustrie 8.000
- Bekleidungsindustrie 6.700
- Schuh- und Lederindustrie 3.500

nen, die diese Zeit nicht durchgehend beim selben Unternehmen tätig waren. Ähnlich die Forderungen in der Papierindustrie mit fünf Minuten Zeitguthaben für jede geleistete Stunde Nachtarbeit und der sechsten Urlaubswoche ab dem 43. Lebensjahr. In der Chemischen Industrie zielen die Forderungen vor allem auf eine Wahlmöglichkeit bei der Abgeltung von Überstunden und dem Jubiläumsgeld zwischen Bezahlung oder Zeitausgleich ab.

Es lohnt sich, für etwas zu kämpfen. Geschenke sind auch bei der diesjährigen Frühjahrslohnrunde nicht zu erwarten. In der Textilindustrie konnte erst in der dritten Verhandlungsrunde und nach Ankündigung von Betriebsversammlungen eine Einigung erzielt werden. Auch in der EEI laufen die Vorbereitungen für eine BetriebsrätInnenkonferenz und Betriebsversammlungen, für den Fall, dass die dritte Verhandlung am 19. April ohne Ergebnis bleibt. „Aber für Mitglieder, Betriebsräte und Gewerkschaften ist es nicht neu, für gute Abschlüsse kämpfen zu müssen“, sagt Rainer Wimmer. „Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass sich der gemeinsame Einsatz lohnt.“

Die Frühjahrslohnrunde 2013 ist voll im Laufen. Den Stand der jeweiligen Verhandlungen und alle weiteren Informationen zu den KV-Verhandlungen der PRO-GE gibt's tagesaktuell im Internet auf www.proge.at

Textilindustrie: Das Ergebnis im Überblick

Lohnrechtliche Verbesserungen:

- KV-Mindestlöhne +3,0 Prozent
- Ist-Löhne/-Gehälter +2,8 Prozent
- Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent
- Reisekosten-, Trennungsentschädigung, Messegelder +3,0 Prozent

Rahmenrechtliche Verbesserungen:

- Aufnahme von Gesprächen zur Umwandlungsmöglichkeit von Geldzuschlägen in Zeitguthaben
- Anpassung der Grundvergütung für Überstunden an die Angestelltenregelung (per 1. September 2013)
- Wiederaufnahme von Gesprächen zur Reform des Lohngruppenschemas
- Längere Kündigungsfristen bei Arbeitgeberkündigung

Euro, Dienstalterszulagen +3,0 Prozent, Gesprächsrunde 2013 „Gleichstellung Arbeiter/Angestellte und Lehrlinge“, Begünstigungsklausel für die Beibehaltung der Überzahlung.

Feinkostindustrie, Fisch- und Feinkostgewerbe: KV-Löhne +2,8 Prozent (Aufrundung auf die nächsten 25 Cent), neuer Mindestlohn 1.142,25 Euro, überproportionale Erhöhung der Dienstalterszulagen, Überzahlungen bleiben in vollem Ausmaß aufrecht.

Geflügelindustrie: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.337,14 Euro, Dienstalterszulagen und Zehrgelder +2,9 Prozent, Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht.

Kürschner und Gerbergewerbe: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.163,90 Euro, Lehrlingsentschädigung +2,9 Prozent (gerundet auf den nächsten vollen Euro), Zulagen, Zuschläge und Prämien +2,9 Prozent.

Ab 1. April:

Agrana Stärkeindustrie und Agrana Bioethanol GmbH: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.497,99 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,9 Prozent, Zehrgelder +2,9 Prozent, Dienstalterszulagen +2,9 Prozent, Erschwerniszulage +2,9 Prozent.

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnruenden.at



Innovativ – Stark – Sozial

Auftakt in Oberösterreich

2009 wurde die Produktionsgewerkschaft PRO-GE feierlich aus der Taufe gehoben. Vier Jahre später findet im November 2013 der zweite Gewerkschaftstag unter dem Motto „INNOVATIV – STARK – SOZIAL für eine gerechte Arbeitswelt“ statt. Im Vorfeld des Gewerkschaftstages werden unter anderem die Konferenzen der Jugend- und Frauenabteilungen sowie der Landesorganisationen abgehalten. Oberösterreich machte am 13. März den Auftakt zu den Landeskonferenzen.



Zum oberösterreichischen PRO-GE Landesvorsitzenden wurde Hans Karl Schaller (voestalpine Stahl, oben im Bild) wiedergewählt.

Fast 400 TeilnehmerInnen waren ins Kulturzentrum nach Hörsching gekommen, um die politische Zukunft der PRO-GE zu debattieren.

Brennpunkt I

Lohn- und Sozialdumping in der Schnitzelbranche

Nicht nur der Pferdefleischskandal hat die Fleischindustrie in Verruf gebracht. Europaweit kämpfen GewerkschafterInnen gegen die negativen Entwicklungen in der Branche. Die Gewerkschaft PRO-GE fordert die Einhaltung des Kollektivvertrages.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Fleischbranche sind nicht nur in Deutschland oder in unseren östlichen Nachbarländern zu finden, sondern werden auch in Österreich von Tag zu Tag mehr. Österreichweit arbeiten rund 12.000 Beschäftigte in der Branche. Im September des Vorjahres haben Mitarbeiter des Alpenrind-Schlachthofs in Salzburg über unhaltbare Arbeitsbedingungen geklagt. Anfang des Jahres berichteten die Oberösterreichischen Nachrichten (OÖN) von Schlachtarbeitern, die ihren ehemaligen Arbeitgeber klagen. Ihnen seien bis zu 1.000 Euro Bruttolohn pro Kopf und Monat vorenthalten worden. Beim Ex-Arbeitgeber handelt es sich laut OÖN um einen Betrieb der Steirerfleisch-Gruppe. Dieser bezahle seine Schlachtarbeiter nach einem Leistungslohnsystem, das keine Zuschläge für Nachtarbeit kenne. Wenn nur zwei Nacht- wie Normalstunden bezahlt werden, koste ein Mitarbeiter im Jahr um 10.000 Euro brutto weniger, schreiben die OÖN.



Die betroffenen Beschäftigten erreichen zwar in etwa die Höhe der kollektivvertraglichen Mindestlöhne, die Betriebe ersparen sich aber irrsinnig viel Geld bei den Zuschlägen. „Die Akkordentlohnung hebt den Kollektivvertrag aus. Das ist ein klarer Fall von Lohn- und Sozialdumping. Auf Kosten der MitarbeiterInnen soll der Profit gesteigert werden“, kritisiert Erwin A. Kinslechner, Branchensekretär der PRO-GE, und fordert die Einhaltung des Kollektivvertrages.

Brennpunkt II

Aufsichtsbeschwerde gegen Großbäckereien

PRO-GE und GPA-djp brachten eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Bäckereien Ströck und Mann ein. Grund ist die nach Ansicht der Gewerkschaften falsche kollektivvertragliche Zuordnung in der Wirtschaftskammer Wien.

Die Gewerkschaften stellen fest, dass beide Unternehmen ihre Tätigkeiten jeweils im Sinn des Kollektivvertrages für Großbäcker ausüben, tatsächlich aber innerhalb der Fachverbandszugehörigkeit nicht dem Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, sondern der Bundesinnung Lebensmittelgewerbe angehören. In beiden Un-

ternehmen werden jedoch Back-, Feinback- und Konditoreiwaren sowie Bio- und Tiefkühlwaren industriell produziert, mit den Produkten werden jeweils eigene Vertriebsgesellschaften beliefert.

„In beiden Großbäckereien kann zweifelsfrei keine Rede mehr von einer gewerblichen Produktionsweise sein“, erklärt PRO-GE Bundessekretär Manfred Anderle. Diese falsche Zuteilung habe zur Folge, dass für die ArbeitnehmerInnen der Kollektivvertrag für das Bäckergewerbe anstatt des für sie wesentlich besseren Kollektivvertrags für Großbäcker angewendet werde. Daraus ergeben sich erhebliche Nachteile für die Beschäftigten bei der Arbeitszeit, den Zuschlägen, der Anrechnung von Karenzurlauben auf die Lohn- und Gehaltsentwicklung oder beispielsweise der Behaltspflicht für Lehrlinge.



Eine verlorene Generation

Europas Jugend sucht Jobs

Verzweiflung macht sich breit. Sechs Millionen junge EuropäerInnen sind arbeitslos – eine junge Generation ohne Arbeit. Das ist die derzeitige trostlose Realität in einigen EU-Regionen. Ein Rückgang der durch die Finanzkrise besonders in Europa dramatisch gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit ist kaum in Sicht. Der triste Alltag der jungen Menschen birgt gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sprengstoff.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.proge.at/jugend

Der europäische Aktionstag am 14. März stand im Zeichen der dramatischen Jugendarbeitslosigkeit. Die PRO-GE Jugend war mit fünfzehn FunktionärInnen dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) gefolgt und erhob in Brüssel gemeinsam mit rund 15.000 GewerkschafterInnen lautstark ihre Stimme gegen diese Misere.

Jobgarantie. Die alarmierenden Zahlen haben die EU inzwischen auf den Plan gerufen. Ein erster Ansatz ist die sogenannte Jobgarantie, welche die EU-Arbeitsminister Ende Februar beschlossen haben. Der Plan: Jeder soll,

wenn schon nicht einen Arbeitsplatz, so zumindest eine Ausbildung oder ein Praktikum bekommen.

PRO-GE Jugendvorsitzender Jürgen Michlmayr zu den EU-Maßnahmen: „Wer schon in jungen Jahren keinen Job hat, ist auch in seinem weiteren Leben überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen. Deshalb ist es wichtig, dass sich die EU nun auf eine Jugendgarantie nach österreichischem Vorbild geeinigt hat.“ Dennoch wird kritisch hinterfragt, warum es so lange gedauert hat, bis die Politik reagiert hat, und warum es sich dabei nur um eine Empfehlung der europäischen Kommission handelt, es also zu keiner verpflichtenden Umsetzung in den einzelnen Nationalstaaten kam.

Tropfen auf heißen Stein. Beanstandet wird aber auch das Ausmaß der Unterstützung. Stellt man die finanziellen Mittel der Bankenrettung in Relation zu den Finanzaufwendungen wird schnell offensichtlich, dass

dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann. „Wäre die Jugend eine Bank, hätte sie die EU schon längst gerettet“, so Michlmayr kritisch. Während für Bankenpakete schnell genug Geld da war, sind Investitionen in Wachstum und Beschäftigung, und damit in die Jugend, dem Sparwahn zum Opfer gefallen.

Dabei ist Österreich mit seiner niedrigen Jugendarbeitslosigkeit Musterschüler innerhalb der EU. Dies ist jedoch kein Grund, sich darauf auszuruhen. Auch Österreich läuft Gefahr, eine verlorene Generation zu erzeugen, wenn nicht gegengesteuert wird – mit besserer Bildung für alle, mehr Lehrstellen und höherer Beschäftigung. Österreichs Wirtschaft lebt von qualifizierten Fachkräften. Während einerseits über Fachkräftemangel und über schlechte Vorbildung der Jugend gejammert wird, ist andererseits das Finden von qualifizierten MitarbeiterInnen die große Herausforderung. Doch nicht jedes Unternehmen beteiligt sich an der Facharbeiterausbildung und ist bereit, Kosten dafür zu übernehmen. Die Antwort auf diesen ungerechten Umstand ist die Fachkräftemilliarde, welche von der Gewerkschaftsjugend schon seit Längerem gefordert wird. Sie würde eine qualitative Ausbildung für die junge Generation sicherstellen.

AK-Broschüre: Die Verteilung von Vermögen in Österreich

Viele haben wenig, wenige haben viel

Die ÖsterreicherInnen sind insgesamt nicht arm, das Vermögen ist aber sehr ungleich verteilt. Das legt die AK Wien in einer neuen Broschüre dar und fordert Maßnahmen für mehr Verteilungsgerechtigkeit.



Die Verteilung des Bruttovermögens österreichischer Haushalte (Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB)

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter wien.arbeiterkammer.at

vier Prozent des Gesamtvermögens. Diese Zahlen stammen aus einer Erhebung zur finanziellen Situation von Haushalten, die 2010 unter Koordination der Europäischen Zentralbank in allen Euro-Staaten durchgeführt wurde.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen. Je ungleicher die Verteilung, desto mehr Geld findet sich auf den Finanzmärkten und in riskanten Anlageformen wieder, und umso weniger haben jene Haushalte, die den Großteil des ihnen zur Verfügung stehenden Geldes ausgeben. Wirtschaftliche Instabilität wird gefördert, der konjunkturstützende Konsum behindert. Und: Staaten mit einer gleichmäßigeren Verteilung schneiden aufgrund handfester, objektiver Kriterien besser ab – bei Gesundheit, Zufriedenheit und Bildung ebenso wie bei Sicherheit und sozialem Frieden.

Schieflage im Steuersystem beseitigen. Mehr Verteilungsgerechtigkeit wird in Österreich allerdings nicht gerade gefördert. Der Beitrag des Faktors Arbeit zum Gesamt-

aufkommen an Steuern und Abgaben war 2010 in keinem anderen Mitgliedsstaat der EU so hoch wie in Österreich. Bei vermögensbezogenen Steuern gehört Österreich dagegen zu den absoluten Schlusslichtern. Mehr Steuergerechtigkeit allein wird aber nicht ausreichen. Neben Vermögenssteuern fordert die AK daher Maßnahmen, die Investitionen und Löhne zulasten von Dividenden fördern, sowie den Ausbau des Sozialsystems, die Regulierung des Finanzsektors, Maßnahmen gegen Steuerumgehung und ein Ende des Steuersenkungswettlaufs in der Unternehmensbesteuerung.

1.062,5 Milliarden Euro beträgt das Bruttovermögen der privaten Haushalte in Österreich, das ist über dreieinhalbmal so viel wie das Bruttoinlandsprodukt (286,4 Milliarden). Allerdings: Den reichsten fünf Prozent der Haushalte gehören davon mehr als 45 Prozent. Fast zwei Drittel des gesamten Bruttovermögens sind im Besitz von einem Fünftel der Haushalte. Auf der anderen Seite hält die vermögensärmere Hälfte der Haushalte gerade einmal



Die Broschüre „Die Verteilung von Vermögen in Österreich“ kann bei der AK Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Strasse 20–22, Telefon: 01/501 65-401 oder per E-Mail: bestellservice@akwien.at bestellt werden.



Betriebsreportage: Senna Nahrungsmittel GmbH

Gaumenfreude aus Hütteldorf

Seit über 80 Jahren schreibt Senna eine Erfolgsgeschichte. Im 14. Wiener Gemeindebezirk steht der einzige Margarineproduzent Österreichs. Rund 130 Beschäftigte sorgen für die Fertigung von Fetten und Feinkostartikeln wie Mayonnaise, Ketchup oder Saucen und liefern europaweit an Großkunden und Bäckereien. 250 Tonnen Margarine und Feinkost verlassen so täglich das Unternehmen.

Die richtige Mischung macht's. Roh- und Zusatzstoffe werden zu unterschiedlichen Rezepturen vermischt.



Die Anforderungen an Qualität und Hygiene sind gestiegen. Wartungsarbeiten werden regelmäßig durchgeführt.



Das beste Rezept heißt Qualität. Sorgfältige Auswahl und Kontrolle der Rohstoffe ist das Um und Auf bei Lebensmitteln.



Senna bekennt sich zu einer umweltbewussten Unternehmenspolitik und verzichtet auf gentechnisch veränderte Zutaten.



Die Margarine wird in große Blöcke verpackt, um dann an den Großhandel und an Bäckereien ausgeliefert zu werden.



Die Arbeitsbereiche, wie Produktion oder Controlling, unterscheiden sich in ihren Aufgaben.



Um am Puls der Zeit zu bleiben, wird an innovativen Konzepten im Fett- und Feinkostbereich gearbeitet.



Sauberkeit hat Vorrang. Ständige Reinigungsarbeiten sind in der Produktion unumgänglich.



In der Verpackung gilt Konzentration. Das genaue Abwiegen garantiert die quantitativ korrekte Auslieferung



Die Arbeiter überwachen über die Produktionssteuerung die verschiedenen Arbeitsschritte.



Der Herr der Räder hat logistisch alles im Griff.

Achtung Kamera

Das neu gewählte Landesfrauenpräsidium der PRO-GE Vorarlberg: Landesfrauenvorsitzende Andrea Nogler-Stark und ihre Stellvertreterinnen Astrid Reiter und Anita Setz mit zahlreichen Ehrengästen aus PRO-GE, ÖGB und AK.



8. März – Frauentag: PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer verteilte anlässlich des Betriebsbesuchs am internationalen Frauentag Blumen an die Arbeiterinnen von BRP-Powertrain.



Bildung zählt: Die TeilnehmerInnen des BR 1-Seminars vom März wissen das PRO-GE Bildungsangebot zu schätzen. Im Bildungszentrum der AK in Wien standen die Experten der PRO-GE zu aktuellen Themen Rede und Antwort.



BR-Wahl bei Motorbauer BRP-Powertrain: Beim Gunkirchener Motorbauer BRP-Powertrain GmbH & Co KG (Rotax) fanden Anfang April die Betriebsrats-Wahlen statt. Beide Betriebsratsvorsitzenden – Klaus Topf für die Angestellten (re.) und Josef Madlmayr für die Arbeiter (li.) – wurden in ihren Funktionen bestätigt.



Bundesfrauenvorstand: Nationalrätin und ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser (re.) sowie PRO-GE Frauenvorsitzende Renate Anderl (li.) mit der „Scher dich drum“-Kampagnen-Schere. Oberhauser bekräftigte am PRO-GE Bundesfrauenvorstand im Februar ihre gewerkschaftlichen Positionen.



Wer arbeitslos ist, braucht sich deshalb noch lange nicht alles gefallen zu lassen. Einem steirischen Arbeitsuchenden wurde vom AMS die Unterstützung gestrichen. Zu Unrecht, wie der Verwaltungsgerichtshof jetzt klarstellte.

Alles, was Recht ist

Schnupperarbeiten? Nein, danke!

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/recht

Nicht überreden lassen zum „Schnuppertag“: Auch für einen einzigen Arbeitstag muss angemeldet und bezahlt werden.

Vermittelt vom AMS Steiermark, erwartete Franz T.* bei seinem potenziellen neuen Arbeitgeber eine Überraschung: Er sollte zunächst einen „Schnuppertag“ absolvieren, Anmeldung sei dafür keine nötig, hieß es. Der Arbeitssuchende weigerte sich, denn ihm war klar, dass er auch für nur einen einzigen Arbeitstag „zur Probe“ angemeldet und bezahlt werden muss. Eine noch böser Überraschung für T. hielt daraufhin jedoch das AMS bereit – es verfügte den Verlust der Notstandshilfe für sechs Wochen. Franz T. setzte sich zur Wehr, der Fall ging schlussendlich bis zum Verwaltungsgerichtshof.

Legale Möglichkeiten der Probezeit.

Ein „Ausprobieren“ künftiger MitarbeiterInnen ist rechtlich sehr wohl möglich. Meist wird dafür eine Probezeit (maximal ein Monat) vereinbart, in der das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Angabe von Gründen beendet werden kann. Als zweite Möglichkeit kann von vornherein ein befristetes Dienstverhältnis abgeschlossen werden. Wichtig dabei: Werden ohne sachliche Rechtfertigung befristete Arbeitsverhältnisse aneinandergereiht, liegen unzulässige „Kettenverträge“ vor, die wie ein durchlaufendes unbefristetes Arbeitsverhältnis gewertet werden.

Kein Arbeiten ohne Entlohnung. Der Verwaltungsgerichtshof gab Franz T. Recht: Bei einem unbezahlten „Schnuppertag“ ohne entsprechende Anmeldung werden ArbeitnehmerInnen noch weniger Rechte zuerkannt als bei einem – ohnehin jederzeit auflösbaren – Dienstverhältnis auf Probe. Daher kann das AMS niemanden verpflichten, einen solchen zu absolvieren, und darf bei einer Weigerung keine Sperre des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe verhängen.

* Name von der Redaktion geändert.

Zum Start eines neuen Arbeitsverhältnisses:

- Die Anmeldung zur Sozialversicherung muss bereits vor Beginn des Dienstverhältnisses erfolgen.
- Dem/Der ArbeitnehmerIn ist unverzüglich eine Abschrift der Anmeldung auszuhandigen.
- Wer tatsächlich zur Probe gearbeitet hat: Geleistete Arbeitsstunden müssen bezahlt werden, unabhängig davon, ob im Anschluss ein Dienstverhältnis zustande kommt oder nicht.
- Unbedingt dokumentieren: geleistete Stunden (Datum, Beginn und Ende der Arbeitszeit, Pausen), ebenso Aussagen des Arbeitgebers, dass eine Anmeldung nicht erforderlich ist und Ähnliches.

Was ist „zumutbar“?

Bei der Weigerung, eine zugewiesene zumutbare Beschäftigung anzunehmen, geht der Anspruch auf Arbeitslosengeld für mindestens sechs Wochen verloren. Als zumutbar gilt eine Beschäftigung,

- die den körperlichen Fähigkeiten entspricht,
- die Gesundheit und Sittlichkeit nicht gefährdet,
- die eine künftige Beschäftigung im bisherigen Beruf nicht wesentlich erschwert (gilt in den ersten 100 Tagen der Arbeitslosigkeit),
- bei maximal zwei Stunden Wegzeit für Hin- und Rückweg bei Vollzeit- bzw. ein- einhalb Stunden bei Teilzeitarbeit (Ausnahmen möglich, z. B. bei besonders günstigen Arbeitsbedingungen, Anreise aus Pendlerregionen u. ä.),
- wenn die Entlohnung mindestens 80 Prozent (gilt in den ersten 120 Tagen der Arbeitslosigkeit) bzw. 75 Prozent (gilt nach 120 Tagen) der letzten Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld beträgt (mindestens 100 Prozent, wenn die Bemessungsgrundlage zu mehr als der Hälfte auf Teilzeitbeschäftigung basiert).

Die ExpertInnen der PRO-GE Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der Tel.-Nr. 01/534 44-69 142 bzw. per E-Mail an recht@proge.at gerne weiter.



BRV Gerlinde Kastner (2. v. li.), BRV Werner Tauchner (Mitte), Gabriele Heinisch-Hosek (2. v. re.), Vorstand Peter Ostendorf (re.)

Foto: Astrid Knie

Frauenministerin Heinisch-Hosek bei Ankerbrot

Frauenförderung wirkt

Frauenförderung wirkt – und zwar nicht nur für den weiblichen Teil im Unternehmen. Inzwischen ist klar: Frauenförderung bringt nachweislich positive betriebswirtschaftliche Effekte. Gemischte Führungsteams arbeiten besser zusammen und Unternehmen mit einem höheren Frauenanteil erzielen bessere Betriebsergebnisse.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge-frauen.at

Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek stellte anlässlich eines Betriebsbesuchs bei Ankerbrot fest: „Gleichstellung zahlt sich aus. Das erkennen auch immer mehr Unternehmen.“ Heinisch-Hosek präsentierte bei Ankerbrot zusammen mit den Betriebsratsvorsitzenden Gerlinde Kastner und Werner Tauchner sowie Vorstand Peter Ostendorf erfolgreiche Maßnahmen zur Frauenförderung. „Eine starke Wirtschaft bleibt nur dann stark, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen beste Bedingungen vorfinden“, unterstrich Heinisch-Hosek und betonte, wie wichtig Gehaltstransparenz, betriebliche Frauenförderung, Frauenquoten sowie die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privat sind. „Es ist wichtig, dass Einkommensberichte erstellt werden, in denen nicht erklärbare Gehaltsunterschiede aufgezeigt werden können, um dann Gegenmaßnahmen zu setzen“, sagte die Frauenministerin und wies gleichzeitig auf den Online-Gehaltsrechner hin, mit welchem nachgerechnet werden kann, ob ein faires

Einkommen bezahlt wird. Diese Maßnahmen funktionieren jedoch nur so gut, „so gut sie auch angenommen werden“, stellte Heinisch-Hosek fest. Denn diese gebe es, so wie die ebenfalls gesetzlich vorgeschriebenen Inserate mit Gehaltsangaben, nicht in jedem Unternehmen. Ankerbrot kommt dieser gesetzlichen Verpflichtung selbstverständlich nach. Die Analyse wird gemeinsam mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten diskutiert und notwendige Maßnahmen werden umgesetzt.

Frauenförderung ist Chancengleichheit. Die PRO-GE Frauen drängen auf stärkere Frauenförderung und Chancengleichheit. Sie sind wesentliche Schritte zu Einkommensgerechtigkeit. Renate Anderl, Vorsitzende der PRO-GE Frauen: „Dass dringend Maßnahmen gesetzt werden müssen, zeigen sowohl die aktuellen Zahlen des Rechnungshofes als auch jene von Eurostat. Österreich hat in Europa mit 23,7 Prozent die zweithöchste Einkommensschere und liegt damit an 26. Stelle. Das ist für uns inakzeptabel und gehört so rasch wie möglich beseitigt.“

Einkommensbericht. Dabei ist auch der Einkommensbericht ein wichtiges Instrument. Mit 1. Jänner 2013 wurde die Pflicht zur Erstellung eines Einkommensberichtes ausgeweitet. Alle Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten sind nun verpflichtet, einen Einkommensbericht mit Stichtag 31. Dezember 2012 zu erstellen und diesen an die Betriebsratskörperschaften zu übermitteln. Dies soll helfen, der nach wie vor bestehenden finanziellen Benachteiligung der Frauen im Berufsleben gegenzusteuern, denn die Schere zwischen den Einkommen von Frauen und Männern klafft in Österreich noch immer besonders weit auseinander. Die Bundesfrauenabteilung der PRO-GE steht Betriebsrätinnen und Betriebsräten bei allen Fragen zum Einkommensbericht, aber auch zum Thema Gleichbehandlung gerne zur Seite.

PRO-GE

www.proge-jugend.at

Let's stick together. **Wir bauen unsere Zukunft.**

PRO-GE
jugend



Jugend Tirol



Jugend Vorarlberg



Jugend Kärnten

Let's stick together. Im November 2013 findet der 2. PRO-GE Gewerkschaftstag statt. Im Vorfeld finden auch Landesjugendkonferenzen und am 28. September die Bundesjugendkonferenz statt. Auf diesen werden die Arbeitsschwerpunkte der PRO-GE Jugend festgelegt und die neuen Jugendgremien gewählt. Bei den Konferenzen geht es um Schwerpunktthemen aus den Bereichen Bildung, Antirassismus und vor allem um Verbesserungen für Lehrlinge, wie z. B. die Fachkräftemilliarde, Qualitätsausbau in der überbetrieblichen Ausbildung, Ausweitung der Bildungsfreistellung für Jugendvertrauensräte, Förderung für Erstwohnungen, Qualität in der Berufsausbildung, verpflichtende und weiterführende Schulungen der Lehrausbilder. Fix ist: Mit dem Arbeitsprogramm „Let's stick together“ wird die PRO-GE Jugend weiterhin eine laute Stimme in Österreichs Jugendvertretung bleiben.

CARTOON:





Bad Hofgastein

Den Frühling in Gastein erleben!


PRO-GE
 Urlaub & Seminar GmbH

Unser Hotel Bad Hofgastein im sonnigen Gasteiner Tal bietet zu jeder Jahreszeit ideale Urlaubsmöglichkeiten für die ganze Familie.

80 modern und komfortabel eingerichtete Zimmer verfügen alle über Dusche, WC, Föhn, Telefon, Safe, WLAN, Radio und Kabel-TV. Genuss pur sind unsere hausgemachten Mehlspeisen im Wintergarten-Café mit Panoramablick. Die Gastronomie des Hotels offeriert wahlweise Halb- oder Vollpension mit reichhaltigem Frühstücks- und Salatbuffet. Einmal wöchentlich verwöhnen wir unsere Gäste mit einem Themenbuffet.

Unsere Gäste genießen freien Eintritt in die Alpentherme Gastein, die sie durch einen exklusiven Verbindungsgang bequem im Bademantel erreichen können.

Die Alpentherme bietet Spaß und Erholung für die ganze Familie. Neben verschiedenen Themenbereichen finden sich auch Angebote zu Wellness, Beauty, Rehabilitation und Sport. Die Therme ist in verschiedene Bereiche unterteilt, die es dem Besucher ermöglichen, sich nach seinen ganz persönlichen Vorlieben verwöhnen zu lassen.

Freie Termine im Hotel Bad Hofgastein

24. April–1. Mai 1. Mai–7. Mai 8. Mai–12. Mai

Reservierungen sind auch tageweise möglich.

Preise für PRO-GE Mitglieder:

Halbpension gültig pro Person und Nacht (exklusive Kur-/Ortstaxe)

Erwachsene 62,00 Euro

Kinder (6–14 J.) 23,50 Euro

Jugendliche (15–17J.) 38,00 Euro

Aufzahlung für Kinderhalbpension (4–5 J.) pro Nacht 10,00 Euro. Aufzahlung für Einzelpersonen im Doppel- oder Mehrbettzimmer pro Nacht 9,00 Euro. Aufzahlung für Kinder und Jugendliche im eigenen Zimmer pro Nacht und Zimmer 9,00 Euro.

Reservierungen und Infos:

PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH

Telefon: 01/534 44-69707

E-Mail: urlaub@proge.at

oder Hotel Bad Hofgastein

Telefon: 06432/83 27

E-Mail: hofgastein@proge.at



INFOS UND BUCHUNGEN:

Infos über Preise und aktuelle Angebote der PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH gibt es im Internet unter www.proge.at/urlaub. Wie immer werden PRO-GE Mitglieder mit schulpflichtigen Kinder vorrangig berücksichtigt. Wer keinen Zugang zum Internet hat, kann sich direkt in der PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH telefonisch informieren bzw. das gewünschte Angebot dort buchen: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-69707, Fax: (01) 534 44-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

Preisrätsel



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 31. Mai 2013 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 1 Nichts fürs kalte Büfett: Die gibt's klassisch am Würstelstand
- 4 Ein Star aus Film und Oper zeigt sich, wenn du die *vida* umschreibst
- 7 Namen-tlich, was der Windsor-Prince mit dem Theaterdichter von Seite 8 gemeinsam hat
- 8 Den Café-Besitzer gab Bogart in Casablanca
- 9 Einstimmiges Ergebnis: Stereo klingt fast wie mono,/ singt das Ensemble –
- 12 Das Stopf-Material kann auch die Strickliesl brauchen
- 14 Der wird zur Festgesellschaft geladen, wenn sich zwei trauen(!)
- 16 Klingt stadt(!)fein, der historische Papstname
- 17 Die Löcher an der Bergbasis macht der Ingenieur in Wühlarbeit (Mz.)
- 20 Lohndrückerei auf unfeine englische Art (siehe S. 9) ...
- 21 ... wird nicht abgestellt, wenn sich die Verfahren so schwunglos hinziehen – schmeckt irgendwie *schal*
- 22 Hauptgegenstand bei der Ausbildung als Zaublerlehrling
- 23 Alles, was Recht ist: Das gibt's gegen 20 waagrecht schon seit 2011 (siehe S. 9)

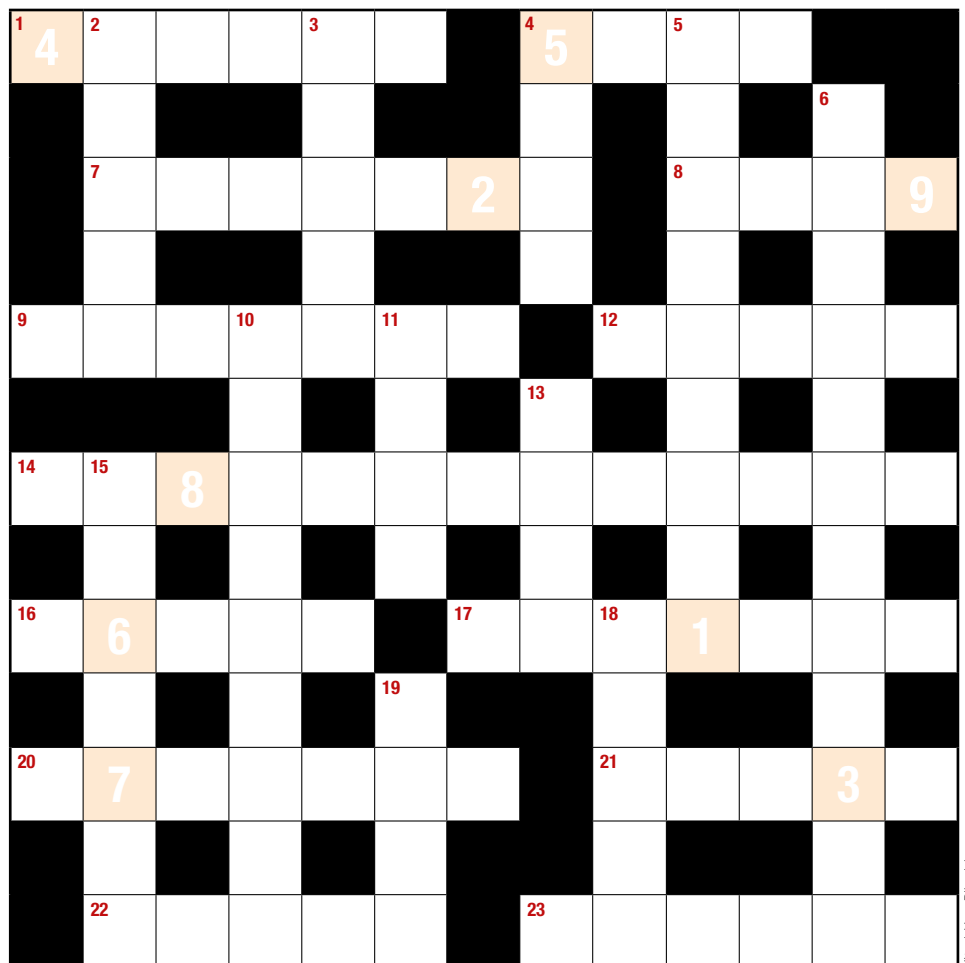
Senkrecht:

- 2 Männlicher Vorname, hier vom *Winde* verweht
- 3 Das Ergebnis kommt bei der Abrechnung auf Italienisch unterm Strich heraus
- 4 Kundgebung, (auf Griechisch) volks-nah angekündigt
- 5 Reichtum, hierzulande reichlich ungleich verteilt (siehe S. 15), und ...
- 6 ... das ist Österreich bei seiner Besteuerung – rote Laterne! (auch S. 15)
- 10 Foller Flüchtigkeits-Fehler fällt's aus, wenn *so* gearbeitet wird
- 11 Was nicht nagelfest(!) ist, könnte damit fixiert sein?
- 13 Worin der Autofahrer steht, wenn auf der Straße nichts mehr geht
- 15 Das Tierchen kriecht dir als Melodie in den Gehörgang
- 18 Sie lässt sich z. B. zum 1. Mai ins Knopfloch stecken
- 19 Ein Schluss-Wort zum Finale



Zu gewinnen gibt es:
**ein Philips MC-10
Micro HiFi-System**

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht das Lösungswort über eine harte Verhandlungsposition.



Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!: GARANTIE**

W: 1 JUGEND 5 MUTTER 8 SPEKULATIONEN 9 ESELSOHR 10 ARTE 12 FERNER 14 NOCKEN
16 EDEL 18 BESTREBT 20 WELTFRAUENTAG 21 NAGANO 22 DEKADE

S: 2 UNPASSEND 3 ENKELIN 4 DILLO 5 MOTOREN 6 TONER 7 RINDE 11 TREIBJAGD
13 ROBERTO 15 CHRONIK 16 ERWIN 17 EILIG 19 SPUND

Der Gewinner der Ausgabe 1/2013 GLÜCK AUF!
Herr Bittner, 5201 Seekirchen

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

 Straße/Gasse / Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank

Mehr Geld für dich!

PRO-GE

**Die Gewerkschaft PRO-GE
verhandelt jedes Jahr deinen
Kollektivvertrag.**

Das bedeutet:

- Jedes Jahr mehr Geld für dich
- Geregelte Arbeitsbedingungen
- Faire Arbeitszeiten
- Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- Rechtsvertretung im Streitfall
- Aus- und Weiterbildung
- Und vieles mehr

**Wer macht's möglich?
VIELE MITGLIEDER!**

**Weil wir nur mit vielen
Mitgliedern stark sind.**

**www.lohnstunden.at
www.proge.at**